

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 86

4. Mai 1984

Dr. Jürgen Schmude MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, verurteilt
den Versuch, Steuerstraf-
täter aus Politik und
Wirtschaft zu amnestieren:
Selbstbegünstigung im
Staatsamt. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der
SPD-Bundestagsfraktion im
Ausschuß für Arbeit und
Sozialordnung, kommentiert
die Arbeitsmarktda-
ten für April 1984: Mär
vom Aufschwung. Seite 3

Rudi Arndt MdEP, Erster
stellvertretender Vorsit-
zender der Sozialistischen
Fraktion im Europäischen
Parlament, kritisiert die
Brüsseler Haushaltspolitik:
EG-Kommission demontiert
die Gemeinschaft. Seite 5

Dagmar Luuk MdB analysiert
die Lage in Brasilien: Die
Opposition ist im Kommen.
Seite 7

Selbstbegünstigung im Staatsamt

Zynismus der Macht auf neuem Höhepunkt

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Auf die Heimlichkeit, mit der Bundesregierung und Regie-
rungsparteien diesen Coup vorbereitet haben, sind sie auch
noch stolz. Nachdem zwei Anläufe am entschiedenen Wider-
stand der Sozialdemokraten gescheitert sind, soll beim
dritten Versuch nun im Blitztempo mit Mehrheit die Amnestie
für Steuerstraf­täter aus der Wirtschaft und ihre Komplizen
im Politikeramt durchgesetzt werden.

Noch während der sozial-liberalen Regierungszeit wurde in
Hinterstuben ein Amnestieentwurf erstellt. Zum Vorschlag
der damaligen Koalition ist er nie geworden; während CDU/
CSU und FDP das Vorhaben billigten, hat es die SPD-Bundes-
tagsfraktion entrüstet vom Tisch gefegt. "Das nehmen wir
nicht hin", war damals Genschers öffentliche Reaktion. Er-
fahrene Kenner der Bonner politischen Szene führen die Wende
maßgeblich auf jenen Vorgang zurück.

Erneut versuchte die Regierungsfraktion im Herbst 1983,
die rückwirkende Strafbefreiung zu erreichen, diesmal durch
trickreiche Formulierungen im neuen Parteienfinanzierungs-
gesetz und seiner Begründung. Erneut scheiterte das am
Widerstand der SPD, die den Ausschluß jeglicher Amnestie-
wirkungen zur Hauptbedingung ihrer Zustimmung zum Parteien-
finanzierungsgesetz machte.

Der Ausschluß solcher Rückwirkungen ist offenbar gelungen.
Staatsanwälte und Gerichte arbeiten weiter. Deshalb wollen
CDU/CSU und FDP ihnen jetzt mit einem ausdrücklichen
Amnestiegesetz in den Arm fallen. Parteispender, die Steuern
hinterzogen haben, und ihre Gehilfen in den Parteien sollen
deswegen nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with recycled paper
Registrieren-Peter



Schon verhängte Strafen sollen getilgt werden. Eine kleine, fast lächerliche Andeutung schlechten Gewissens liegt darin, daß die hinterzogenen Steuern wenigstens nachentrichtet werden sollen. So einfach möchte jeder Steuersünder, möchte auch jeder Dieb davonkommen: Wenn er erwischt wird, gibt er die Beute eben heraus.

Zynisch und pathetisch zugleich verweisen die Gesetzesmacher auf das angeblich fehlende Unrechtsbewußtsein der Straftäter. Wenn das so wäre, könnte man den Verbotsirrtum in den anhängigen Verfahren geltend machen. Aber wie wollen erfahrene Wirtschaftsmanager und Politprofis ihr Unrechtsbewußtsein leugnen, nach dem sie selbst abstruse Umwege und Konstruktionen gewählt haben, um Parteien Geld zukommen zu lassen und sich den unzulässigen Steuervorteil gleichwohl zu erschleichen? Ist die Bestellung eines wertlosen Gutachtens in Liechtenstein, über die man einer Partei 50.000 DM zuschieben und diesen Betrag als Betriebskosten steuerlich geltend machen will, Ausdruck schlichter Naivität und lauterer Rechtsbewußtseins?

Das Unrecht ist klar und das Unrechtsbewußtsein auch. Ebenso klar ist, daß die Finanziere aus der Wirtschaft den Regierungsparteien Druck machen. Befreit uns von der Strafdrohung und ihr bekommt wieder Geld, heißt die Devise. Oder: macht ein Amnestiegesetz und wir werden auch dafür und für anderes wieder gut bezahlen. Das reicht diesen Politikern, es reicht auch Helmut Kohl, dem Kanzler der "moralischen Erneuerung", um mit einem unanständigen und brutalen Eingriff in die Strafrechtspflege einen Skandal von einzigartiger Dreistigkeit anzurichten.

Den Hausbesetzern wurde die Amnestie verweigert. Den Widerstandstheoretikern wurde mit dem Hinweis auf Demokratie, Rechtsstaat und unabhängige Gerichtsbarkeit widersprochen. Wie läßt sich ihnen gegenüber, wie läßt sich vor jungen Menschen der Rechtsstaat noch glaubhaft verteidigen, wenn die politischen Machthaber in aller Öffentlichkeit einen massiven Akt der Selbstbegünstigung begehen? Wer will sich noch darauf berufen, daß vor dem Gesetz alle gleich sind, wenn die Mächtigen sich und ihre finanzkräftigen Freunde davon ausnehmen?

Heimlich wurde das Vorhaben vorbereitet, im Blitztempo soll es nun durchgesetzt werden. Ärger und Wut der Bürger, Enttäuschung und Verbitterung in der Öffentlichkeit sind kalt eingeplant. Deshalb soll es schnell gehen, damit bald wieder alles vergessen ist. Verächtlicher kann man mit den Bürgern kaum mehr umgehen, zynischer auf ihre Vergeßlichkeit kaum spekulieren.

Sozialdemokraten werden alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um eine geordnete Beratung durchzuführen, die Unerträglichkeit des Gesetzesvorhabens anschaulich zu machen und sein Zustandekommen zu verhindern. Der Kampf gegen diesen Rechtsbruch im politischen Amt wird danach nicht zu Ende sein. Amnestiegesetze sind kein Spielzeug für den Gesetzgeber, mit dem er nach Laune und Willkür verfahren kann. Und da das neue Parteienfinanzierungsgesetz die strafrechtliche Lage völlig unberührt läßt, fehlt es an jedem Anlaß für diesen schwerwiegenden Eingriff. Ziemlich sicher ist deshalb heute schon, daß das Bundesverfassungsgericht das letzte Wort haben wird.

Inzwischen sind die Bürger, sind die Verbände, ist die Öffentlichkeit gefordert. Wir Sozialdemokraten rufen dazu auf, Regierung und Regierungsparteien ihr schädliches Werk nicht ungestört verrichten zu lassen. Unsere strikte Ablehnung jeglicher Parteispenden - Amnestie, die wir im sozial-liberalen Regierungsbündnis und danach durchgehalten haben, hat breite Zustimmung in der Öffentlichkeit gefunden. Diese Zustimmung muß sich jetzt bewähren: Als entschiedene, unüberhörbare Abweisung des dritten Versuchs dieser Art, der im Parlament jetzt ohne Rücksicht auf die Sozialdemokraten und gegen sie durchgesetzt werden soll.

(-/4.5.1984/ks/rs)

+ + +



Arbeitsmarktstatistik widerlegt die Mär vom Aufschwung

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats April 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Offensichtlich hat der seit einem Monat das Amt des Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bekleidende CDU-Mann Heinrich Franke mit seiner ersten Vorlage einer kommentierten Arbeitsmarktstatistik vor einem Monat nicht das erhoffte Glücksgefühl bei seinen Bonner Partei- und Koalitionsfreunden erzeugen können.

Dafür waren seine Anmerkungen zu den Zahlen des Monats März 1984 zu differenziert, und es fehlte auch die aus den vorherigen Monaten von Josef Stingl unverdrossen immer wieder aufs Neue verbreitete Mär vom "Aufschwung am Arbeitsmarkt".

Heinrich Franke hat daraus "gelernt": In diesem Monat türmt auch er unter der Überschrift "Arbeitsmarkt nur saisonal entlastet" in der bis dato umfangreichsten Pressemitteilung der Bundesanstalt ein Wortgetüm auf das nächste.

Gefeiert wird vor allem ein Rückgang der Kurzarbeiterzahl um 128.200 auf 489.500.

Doch Formulierungen wie "Heinrich Franke räumte ein, daß sich die allgemeinen Erwartungen über das Ausmaß des Rückgangs der Arbeitslosigkeit bisher nicht erfüllt haben", verraten die wahre Gefühlslage der hauptamtlichen Arbeitsmarktexperten. Wieder einmal enttäuscht die Statistik die mit dem Gerede von einer bevorstehenden Besserung am Arbeitsmarkt geweckten Hoffnungen nachhaltig.

Im April 1984 ging die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik saisonbedingt um 139.800 auf 253.500 beziehungsweise von 9,6 auf 9,1 Prozent zurück. Sie liegt damit um 300 beziehungsweise 0,1 Prozent unter dem Stand des Aprils 1983.

Die Bundesanstalt sieht in dieser Entwicklung zu Recht den alljährlich im April zu beobachtenden Abbau der Winterarbeitslosigkeit und räumt wörtlich ein: "Eine darüber hinausgehende Besserung ist zur Zeit aber nicht eindeutig auszumachen." (!)

Dem ist nachdrücklich zuzustimmen, hat doch die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen erneut zugenommen!

Mit 1.283.700 liegt die Zahl der männlichen Arbeitslosen über dem Vorjahresniveau, die der Frauen mit 969.800 leicht darunter.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag mit 149.500 um 15 Prozent unter dem Vorjahresstand, auf der anderen Seite ist die Entwicklung bei den 20- bis 25jährigen Erwerbspersonen ausgesprochen ungünstig: 434.000 Arbeitslose und damit plus 19 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote für diese Gruppe lag mit 13,8 Prozent weit über der für alle Arbeitnehmer.



Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten ging Ende April 1984 mit 138.700 um sieben Prozent über den Vorjahresstand hinaus, während in der Altersgruppe der über 59-jährigen zum gleichen Zeitpunkt 105.500 Menschen arbeitslos gemeldet waren, das sind 13 Prozent mehr als noch vor einem Jahr.

Die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt waren nach den Feststellungen der Bundesanstalt im April "für die Jahreszeit außerordentlich lebhaft": Der Zugang an Arbeitslosen belief sich auf 277.900, während der Abgang 417.700 betrug.

Besonders ungünstig verläuft nach wie vor die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die der Arbeitslosenmeldungen im Baugewerbe, in der Metallherzeugung und der Werftindustrie.

Verhältnismäßig stark angestiegen ist auch der Zuwachs an Arbeitslosen, die noch nicht oder seit längerem nicht erwerbstätig sein konnten. Die Zahl dieser Arbeitslosenmeldungen betrug im April 74.100, das sind 13 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Der Zugang an offenen Stellen ging im letzten Monat um 17 Prozent über die Meldungen des Vorjahres hinaus, so daß die Arbeitsämter 165.500 Arbeitssuchende vermitteln konnten. Der Bestand an offenen Stellen belief sich Ende April auf 93.600 (14 Prozent mehr als im April 1983).

Ganz besonders profitiert die Statistik von der Tatsache, daß noch nie so viele Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig waren wie zur Zeit. Mit 67.700 geförderten Arbeitnehmern (im April wurden 17.200 Arbeitslose vermittelt) ist der Höchststand erreicht worden, seitdem es die ABM-Maßnahmen gibt.

Nach all diesen negativen Tendenzen und Zahlenwerten wäre es aus der Sicht der "Aufschwung"-Propagandisten eigentlich nur möglich, Positives bei der Entwicklung der Kurzarbeit herauszustreichen. Diese ging im April 1984 weiter zurück, und der Vorjahresstand wurde um 36 Prozent unterschritten.

Man darf gespannt sein, wie CDU/CSU und FDP die neuesten Nürnberger Zahlen interpretieren werden. Doch leider eröffnen Statistiken (bewußten wie unbewußten) Fehlinterpretationen immer wieder Tür und Tor.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion und ihrer Arbeitsmarktpolitiker bleibt festzuhalten: Wieder einmal haben sich die noch Mitte April verbreiteten Gerüchte von einem (so dringend benötigten) drastischen Rückgang der Arbeitslosenzahl als reine Zweckgerüchte entpuppt. Immer noch gilt: positive Signale bleiben nicht nur aus - im Gegenteil: negative, wie das von dem erneuten Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl, häufen sich.

Die Zukunft bleibt unverändert düster, solange diese Bundesregierung nicht den Willen zum Handeln verspüren läßt.

(-/4.5.1984/ks/rs)

+ + +



EG-Kommission demontiert die Gemeinschaft

Die Brüsseler Haushaltspolitik wird von blankem Opportunismus geleitet

Von Rudi Arndt MdEP

Erster stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments

Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, die Mitgliedstaaten im Jahre 1984 mit zusätzlichen 2,1 Milliarden ECU (fünf Milliarden DM) zur Haushaltsfinanzierung heranzuziehen, ist festzustellen: Die Kommission bietet mit ihrem Vorgehen ein beklagenswertes Schauspiel des politischen Opportunismus. Anstatt, wie vom Parlament gefordert, bereits bei den Haushaltsberatungen Ende letzten Jahres die Karten auf den Tisch zu legen, zögerte sie die volle Offenlegung der Finanzlage bis nach den Agrarbeschlüssen hinaus. Es sei daran erinnert, daß gerade die geschönten Ansätze des Haushaltes '84 der Grund waren, weshalb die Sozialisten den Entwurf im Dezember 1983 ablehnten.

Wieder einmal hat die Kommission dem Rat die Hintertür für falsche Entscheidungen offengelassen. Mit ihrer zusätzlichen Geldforderung für die Agrarpolitik bei Kürzung der Regional- und Sozialpolitik hat die Kommission einen weiteren Schritt zur Demontage der Gemeinschaft unternommen. Die Agrarminister der Gemeinschaft konnten sich freuen. Die Kommission machte es möglich, dem staunenden Publikum eine "Reform der Agrarpolitik" vorzuführen, ohne daß der Preis dafür offengelegt werden mußte. Die Rechnung sieht einfach aus: Steuerzahler, Arbeitnehmer und Arbeitslose werden zugunsten landwirtschaftlicher Überschußproduktion zusätzlich belastet.

Natürlich hat kein ernstzunehmender Politiker erwartet, daß die Agrarkosten von heute auf morgen gesenkt und die Lager von einem auf den anderen abgebaut werden können. Von einer wirklichen Reform der EG kann aber erst dann gesprochen werden, wenn ein größerer Anteil der Gemeinschaftsgelder für soziale Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, für eine vorausschauende Industrie- und Forschungspolitik und für die Entwicklungspolitik ausgegeben wird. In internen Verwaltungsanweisungen hat die Kommission sogar weitere Kürzungen der Sozial- und Regionalpolitik für das Jahr 1984 in Milliardenhöhe vorgesehen, um "Finanzierungsreserven" für die Agrarausgaben zu bilden.



Das Parlament hat dagegen in den Haushaltsberatungen jede Kürzung dieser Bereiche zugunsten der Agrarausgaben abgelehnt und auch klargestellt, daß zusätzliche Finanzmittel nicht für höhere Agrarausgaben verwendet werden dürfen.

Für die Finanzierung der bereits angefallenen unvermeidlichen Agrarmehrausgaben, erinnere ich an die Lösung, die ich in meinem Bericht zur zukünftigen Finanzierung vorgeschlagen habe und der das Europäische Parlament zugestimmt hat: Die Länder, die einen hohen Anteil an landwirtschaftlicher Überschußproduktion verursachen, müssen in entsprechendem Umfang zu deren Finanzierung beitragen.

Ein an der Überschußproduktion orientierter Finanzierungsschlüssel stellt nämlich einen echten Anreiz dar, Maßnahmen gegen landwirtschaftliche Überschüsse durchzuführen.

Im Zusammenspiel zwischen Kommission und Rat wird ein zusätzlicher Anschlag auf die Entwicklung der Strukturpolitik vorbereitet, der den irreführenden Titel "Verbesserte Haushaltsdisziplin" trägt. Dieser Vorschlag sieht vor, die Entwicklung der strukturpolitischen Ausgaben strikt an einen statistischen Höchstsatz zu binden und die in den Verträgen vorgesehene Erhöhung dieses Höchstsatzes zukünftig auszuschließen.

Mit dieser Politik wird nicht das Europa geschaffen, welches wir wollen. Ich werde mich daher in der Mai-Plenarsitzung dafür einsetzen, daß das Parlament gegenüber der europäischen Öffentlichkeit eine klare Position bezieht, um deutlich zu machen, daß die Gemeinschaft mehr ist, als ein Verband von Agrarlobbyisten.

(-/4.5.1984/ks/rs)

+ + +



Brasiliens Opposition ist im Kommen

Das Militärregime hat den lateinamerikanischen "Riesen" heruntergewirtschaftet

Von Dagmar Luuk MdB

Den Kampf um die "Diretas", die Direktwahl des brasilianischen Staatspräsidenten, hat die Opposition des größten Landes auf dem amerikanischen Subkontinent nur knapp verloren geben müssen. Ob mit diesem Sieg aber die seit 20 Jahren in Brasilien regierenden Militärs mehr als eine Atempause erreicht haben, erscheint fraglich. Die "Abertura politica", die von Präsident General Figueiredo in den zurückliegenden Jahren betriebene politische Öffnung des Militärregimes zu einer gelenkten Demokratie, ist den Machthabern in Brasilia aus den Händen gegliitten, hat sich verselbständigt. Realistisch scheint, daß die knappe parlamentarische Niederlage der Opposition die politischen Absichten der Militärs wesentlich verändern und auf eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in Brasilien hinauslaufen kann.

Jene knappe Mehrheit, mit der sich Ende April das Parlament in Brasilia gegen den Antrag der Oppositionsparteien für eine Direktwahl des nächsten Staatspräsidenten ausgesprochen hat - diese notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde um ganze 22 Stimmen verfehlt - offenbarte die Auflösungserscheinungen in der von den Militärs kontrollierten Regierungspartei PDS. Über 50 PDS-Abgeordnete stimmten im Parlament mit der Opposition und sprachen sich damit gegen den Kurs des Militärs aus. Sie schlossen sich jener populistischen Forderung an, denn immerhin signalisierten Gallup-Umfragen, daß 84 Prozent der wahlberechtigten Brasilianer eine Direktwahl des Staatspräsidenten befürworteten. Und schließlich hatten die größten Massenkundgebungen in der Geschichte des Landes - in den Wochen vor der Entscheidung im Parlament folgten in Rio de Janeiro über eine Million Brasilianer den Demonstrationen der Opposition, in Sao Paulo gar 1,7 Millionen - den Militärs unübersehbar die Popularität jener Forderung vor Augen geführt. Auch die Kirche des Landes hatte aus ihrer Befürwortung der Direktwahlen keinen Hehl gemacht.

Die Kritik am vorgesehenen Wahlmodus erscheint berechtigt, entspricht das Verfahren, nach dem der nächste brasilianische Staatspräsident und Nachfolger Figueiredos gekürt werden soll, nur auf den ersten Blick demokratischen Grundsätzen. Am 15. Januar 1985 soll der neue Staatschef von einem Wahlmännergremium bestimmt werden, das aus 479 Abgeordneten des Parlaments, 69 Senatoren und 132 Delegierten der 22 Regionalparlamente besteht. Indessen haben die Militärs dieses Gremium so strukturiert, daß der regierenden PDS, obwohl sie bei den 82er Parlamentswahlen ihre absolute Mehrheit eingebüßt hat, eine Majorität verbleibt. Dem herrschenden Regime soll das Präsidentenamt schließlich weitere sechs Jahre gesichert sein.

Die bescheidene demokratische Legitimierung dieses Wahlmännergremiums zeigt sich darin, daß ein Drittel der Senatoren von Figueiredo ernannt ist, daß die PDS unter den Parlamentariern aus den Regionalparlamenten überproportional stark vertreten ist und daß schließlich das demokratische Nord-Süd-Gefälle des Landes dafür gesorgt hat, daß im industrialisierten Süden Brasiliens ein Abgeordneter 200.000 Wähler vertritt, während in dem von der Regierungspartei beherrschten Nordosten ein knappes Viertel dieser Wähler einen Abgeordneten entsenden kann. Leonel Brizola, der Gouverneur von



von Rio de Janeiro, Führer der demokratischen Arbeiterpartei PDT und durchaus chancenreicher Kandidat für das Präsidentenamt bei einer Volkswahl, hat dieses Wahlgremium sicherlich zu Recht "illegitim, irregulär und vollkommen undemokratisch" genannt.

Die nur rudimentäre demokratische Legitimierung dieses Wahlkollegiums war indessen kaum der Anlaß für die machtvolle Bewegung, zu der sich die Forderung der Oppositionsparteien nach einer Direktwahl auswachsen konnte. Vielmehr hat die verheerende innere Entwicklung Brasiliens ein Ventil gesucht, wo sich die enttäuschten Hoffnungen der Bevölkerung entladen konnten. Zwanzig Jahre nach dem Putsch der Militärs steckt das Land in einer ausweglos erscheinenden Krise: Die Inflation hat die Rekordhöhe von 225 Prozent erreicht, die Auslandsverschuldung ist auf über hundert Milliarden Dollar gestiegen, die jährlichen Zinsleistungen von 13 Milliarden Dollar bedeuten den Gegenwert von über 60 Prozent des Exports, die Korruption ist beängstigend, die Arbeitslosigkeit hat eine Rekordhöhe erreicht, die Fehlinvestitionen des gescheiterten brasilianischen Wirtschaftswunders ragen als gigantische Bauruinen gen Himmel. Die Verarmung der Bevölkerung hat drastisch zugenommen, im Nordosten des Landes sind offiziellen Berichten zufolge in den letzten vier Jahren mehr als zehn Millionen Menschen verhungert. Plünderungen von Lebensmittellagern und Geschäften sind selbst in Rio und Sao Paulo an der Tagesordnung. In dieser ausweglosen Situation erscheint die Souveränität des Landes durch die rigiden Auflagen des Internationalen Währungsfonds beinahe annulliert.

Der knappe parlamentarische Sieg der Regierungspartei bei der Verhinderung der Direktwahl des Staatspräsidenten ändert an dieser Malaise des Landes nichts. Auch die Militärs scheinen die wenig aussichtsreiche Position erkannt zu haben. Die Kompromißangebote, die Figueiredo in der Frage der Präsidentenwahl gemacht hat, sind Versuche, der Opposition auf halbem Wege entgegen zu kommen. Es ist nicht auszuschließen, daß der nächste brasilianische Präsident ein Übergangspräsident sein wird, dessen Mandat verkürzt ist, um alsbald Direktwahlen zu ermöglichen. Bis zu diesem Zeitpunkt, der etwa für 1988 die Direktwahl des Präsidenten vorsehen könnte, kann eine Verfassungsreform ausgearbeitet werden, kann ein wirtschaftliches Notstandsprogramm und ein Schuldenmoratorium Brasiliens jene wirtschaftspolitisch notwendige Atempause gönnen, die einen Kollaps des Riesen auf dem Subkontinent ausschließt.

Die brasilianischen Militärs nach 20 Jahren auf dem Weg zurück in die Kasernen? Der Kongreß der regierenden PDS, der im Herbst den Kandidaten für das Präsidentenamt aussuchen soll, wird Aufschluß darüber geben. So gesehen, könnte der Sieg der Militärs bei der Verhinderung der Direktwahl des Präsidenten auch ihr letzter Sieg gewesen sein.

(-/4.5.1984/ks/rs)

+ + +

